



03.02.2020

### Pressemitteilung

## **ÖJV Brandenburg-Berlin: Bewegungsjagden wichtiges Instrument der Seuchenprävention. Schonzeitaufhebung gerechtfertigt**

Die jüngsten Fälle von Afrikanischer Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen wurden in Polen nur wenige Kilometer von der deutschen Grenze festgestellt. Wenngleich wandernde Wildschweine nicht als Hauptüberträger gelten, besteht damit die reale Gefahr, dass sie die Seuche weitertragen. Oder und Neiße stellen für Schwarzwild kein Hindernis dar. Neben anderen Maßnahmen, wie zum Beispiel Schutzzäunen, ist eine noch intensivere Jagd nötig, um den hohen Wildschweinbestand, den die Landwirtschaft durch großflächigen Mais- und Rapsanbau zum Teil mit verursacht hat, soweit es geht auszudünnen.

Bewegungsjagden, sogenannte Drückjagden, bei denen durch Treiber und Hunde das Wild in Bewegung und vor die Schützen gebracht wird, sind dabei das Mittel der Wahl. Sie sind effektiv und begrenzen die Beunruhigung des Wildes auf zwei bis drei Stunden. Allerdings werden bei solchen Jagden auch Wildarten beunruhigt, die in Brandenburg anders als das Schwarzwild seit dem 16. Januar Schonzeit haben, also Rehwild, Rotwild, Damwild und Muffelwild. Sie sind dem Jagddruck ausgesetzt, sie werden bejagt, dürfen aber nicht erlegt werden. Das ist rechtlich und aus Tierschutzgründen fragwürdig.

Die Oberste Jagdbehörde Brandenburgs hat deshalb mitgeteilt, dass bei Bewegungsjagden, die der Reduzierung des Schwarzwildes dienen, die Schonzeit für die genannten anderen Schalenwildarten auf Antrag aufgehoben wird. Sofern die Abschusspläne noch nicht ausgeschöpft sind, können diese Arten also auch erlegt werden. Die Regelung galt bis 31. Januar und soll bis zum 29. Februar verlängert werden.

Der ÖJV Brandenburg-Berlin unterstützt diese Maßnahmen. Es geht darum, jetzt zu handeln, und zwar vor Beginn der Brut- und Setzzeit und bevor die ASP in Deutschland angekommen ist. Die Regelung ist nötig, damit die Jagd ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft effektiv wahrnehmen kann. Wenn es nicht gelingt, die ASP zu stoppen oder zumindest einzugrenzen, droht nicht nur der Landwirtschaft eine Katastrophe. Auch das freie Betretungsrecht in Wald und Flur könnte empfindlich eingeschränkt werden.

### **Kontakt für Rückfragen:**

ÖJV Brandenburg-Berlin, [www.oeljv-brandenburg-berlin.de](http://www.oeljv-brandenburg-berlin.de)

Eckhard Fuhr, stellv. Vorsitzender, [eckhard.fuhr@oeljv.de](mailto:eckhard.fuhr@oeljv.de), Telefon: 0151-54401200.